

Fragen

für die Fragestunde der 183. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. Juni 2012

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bartol, Sören (SPD)	62, 63	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 85
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	88	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54	Dr. h. c. Koppelin, Jürgen (FDP)	83, 84
Brase, Willi (SPD)	72, 73	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	64, 65
Brugger, Agnes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39	Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	28, 29
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	35, 36	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	80, 81
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33	Lischka, Burkhard (SPD)	6, 93
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	57, 58	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	16, 17
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	68, 69	Dr. Miersch, Matthias (SPD)	2, 3
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	48, 49	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	90, 91
Hagemann, Klaus (SPD)	76, 77	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 61
Hinz, Priska (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21	Özoğuz, Aydan (SPD)	97, 98
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	82, 92	Dr. Ott, Hermann E. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 67
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	14, 15	Pitterle, Richard (DIE LINKE.)	13, 41
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	18, 94	Röspel, René (SPD)	70, 71
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	34	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60
Kaczmarek, Oliver (SPD)	74, 75	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	86, 87
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	52		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schaaf, Anton (SPD)	23	Dr. Terpe, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45
Scharfenberg, Elisabeth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	12
Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	7	Wicklein, Andrea (SPD)	10, 11
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	1, 22	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56
Steffen, Sonja (SPD)	4, 5	Winkler, Josef Philip (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	95, 96
Steiner, Dorothea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78, 79	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	24, 25
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 89	Zypries, Brigitte (SPD)	8, 9
Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	30, 31		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	22
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	24

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
Inwieweit sind Menschen mit Behinderung von den geplanten Änderungen im Mietrecht, vorgeschlagen von der Bundesregierung mit dem Entwurf eines Mietrechtsänderungsgesetzes (Bundesratsdrucksache 313/12), betroffen, und in welcher Weise hat die Bundesregierung mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention (insbesondere Artikel 4 Absatz 3, Artikel 9 und 19) Menschen mit Behinderung und deren Verbände bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs aktiv einbezogen?
2. Abgeordneter
Dr. Matthias Miersch
(SPD)
Hat das Bundesministerium der Justiz die Forderungen des einstimmig angenommenen Antrags auf Bundestagsdrucksache 17/8344 (keine Patentierung von konventionell gezüchteten landwirtschaftlichen Nutztieren und -pflanzen) bereits umgesetzt, und wenn nein, warum nicht?
3. Abgeordneter
Dr. Matthias Miersch
(SPD)
Wird sich das Bundesministerium der Justiz im europäischen Patentrecht für ein klares Verbot der Patentierung von Züchtungsverfahren, von Züchtungsmaterial und Pflanzen und Tieren aussprechen und sich für eine Änderung der Biopatentrichtlinie auf EU-Ebene einsetzen?
4. Abgeordnete
Sonja Steffen
(SPD)
Für wann sind die Verabschiedung des Entwurfs eines Gesetzes zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens, zur Stärkung der Gläubigerrechte und zur Insolvenzfestigkeit von Lizenzen durch das Kabinett und die Einbringung in den Deutschen Bundestag geplant?
5. Abgeordnete
Sonja Steffen
(SPD)
Welche Änderungen sind vom Bundesministerium der Justiz nach Einholung der Stellungnahmen der Verbände gegenüber dem Referentenentwurf geplant?
6. Abgeordneter
Burkhard Lischka
(SPD)
Wird die Bundesregierung einen Regelungsvorschlag für eine eigene Rechtsgrundlage für die Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) vorlegen?

7. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Regelung des § 52a des Urheberrechtsgesetzes, welche die Nutzung von urheberrechtlich geschütztem Material in engen Grenzen für Unterricht und Forschung, z. B. im Intranet der Universität, erlaubt und zum 31. Dezember 2012 ausläuft, zu verlängern bzw. zu entfristen, und wenn nein, warum nicht?
8. Abgeordnete
Brigitte Zypries
(SPD) Wann wird die Bundesregierung, der Ankündigung im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP folgend, den Dritten Korb zur Reform des Urheberrechts vorlegen, und welche konkreten Regelungen werden darin enthalten sein?
9. Abgeordnete
Brigitte Zypries
(SPD) Wie wird das vom Koalitionsausschuss am 4. März 2012 beschlossene Leistungsschutzrecht für Presseverlage genau ausgestaltet sein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

10. Abgeordnete
Andrea Wicklein
(SPD) Warum hat am 23. Mai 2012 das Bundeskabinett beschlossen, die Aufbewahrungsfristen für Rechnungen und weitere Belege nach Handels- und Steuerrecht ab 2013 nur auf acht und ab 2015 nur auf sieben Jahre zu verkürzen und nicht, wie sie ursprünglich im Dezember 2011 beschlossen hatte, insgesamt auf fünf Jahre zu verkürzen?
11. Abgeordnete
Andrea Wicklein
(SPD) Wie hoch ist das verlorengegangene Entlastungsvolumen bei Unternehmen in Deutschland, da ursprünglich eine Aufbewahrungsfrist von fünf Jahren gegenüber der jetzt vereinbarten Aufbewahrungsfrist von acht bzw. sieben Jahren geplant war – betroffen sind gerade auch kleine und mittlere Unternehmen –, und wie will die Bundesregierung den verlorengegangenen Entlastungsaufwand bei den Unternehmen kompensieren?

12. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Wie ist nach dem im September 2011 unterzeichneten und im April 2012 ergänzten Steuerabkommen mit der Schweiz gemäß Artikel 31 sichergestellt, dass die schweizerische Zahlstelle überhaupt Kenntnis vom Tod einer betroffenen Person erhält, und welche Rechtsfolgen für die Anwendung des Abkommens ergeben sich nach Artikel 38 Absatz 2, wonach Änderungen des deutschen Steuerrechts an die Schweizer Behörden gemeldet werden hinsichtlich einer entsprechenden Anpassung des Schweizer Steuerabkommens?
13. Abgeordneter
Richard Pitterle
(DIE LINKE.)
- Wie sind nach dem Kabinettsbeschluss der Bundesregierung zur Förderung der privaten Pflegeversicherung die privat getätigten Versicherungsaufwendungen im Rahmen der Sonderausgaben auch vor dem Hintergrund der Höchstbeträge nach § 10 Absatz 4 des Einkommensteuergesetzes zu behandeln, und aus welchem Grund wurde die staatliche Förderung nicht einkommensabhängig ausgestaltet?
14. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung, nach den seit geraumer Zeit vorliegenden Berichten der Arbeitsgruppen des Bundesministeriums der Finanzen zu Reisekostenrecht und Verlustverrechnung diesbezüglich noch in dieser Legislaturperiode gesetzliche Änderungen vorzunehmen, und plant die Bundesregierung, den jüngsten Vorschlägen der Finanzministerkonferenz (FMK) zu folgen, die darauf abzielen, durch kurzfristig umsetzbare Maßnahmen zur Vereinfachung des Steuerrechts, insbesondere durch eine Erhöhung von Pauschalierungen und einen Selbstbehalt bei haushaltsnahen Dienstleistungen, eine Erleichterung bei Massenphänomenen der Einkommensteueranlagung zu bewirken?
15. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, nachdem sie in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 17/9811 vom 2. Mai 2012 bestätigt hat, dass die Entgeltoptimierung durch planmäßige und modellhafte Ausnutzung von Sonderregelungen zur Steuerfreistellung von Entgeltbestandteilen „insbesondere im Hinblick auf die Einnahmeausfälle für den Fiskus und für die Sozialkassen nicht unproblematisch“ ist, um die Zunahme dieser Modelle einzuschränken, und stimmt die Bundesregierung damit überein, dass im Zuge dieser Entwicklungen und gemäß dem jüngsten Beschluss der FMK eine Absenkung der Freigrenze für Sachbezüge eine sinnvolle und angemessene Maßnahme wäre?

16. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Sorge von Währungs-
experten, dass der Euro in den nächsten drei Mona-
ten zusammenbrechen könnte, und was unternimmt
die Bundesregierung in den nächsten Wochen, um
einen Zusammenbruch des Euro zu verhindern?
17. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die
Griechenland-Strategie der Bundesregierung ge-
scheitert ist, und ist die Bundesregierung bereit, die
Griechenland-Strategie so zu ändern, dass der Schul-
denabbau über einen längeren Zeitraum gestreckt
wird?
18. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)
- Wem sind nach Kenntnis der Bundesregierung die
Ergebnisse der Prüfung der Kreditportfolios griechi-
scher Banken durch den Vermögensverwalter Black-
Rock (siehe WirtschaftsWoche vom 18. Mai 2012)
bekannt, und aus welchen Gründen soll die Studie
erst veröffentlicht werden, wenn sich in Griechen-
land eine neue Regierung gebildet hat?
19. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über
in Medien berichtete Planspiele oder sogar Planun-
gen für Maßnahmen der Europäischen Union bis
hin zur Schließung von Grenzen zu Griechenland,
um möglichen Auswirkungen einer Eskalation der
dortigen Wirtschaftskrise auf die Sicherheitslage zu
begegnen, etwa wenn viel Geld illegal außer Landes
geschafft wird (vgl. DER STANDARD, 29. Mai
und 7. Juni 2012), und inwieweit war die Bundesre-
gierung selbst an solchen Planspielen beteiligt und
hat konkrete Pläne mitentwickelt?
20. Abgeordnete
**Priska
Hinz**
(Herborn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung
Spaniens, Banken direkt aus dem Europäischen
Stabilitätsmechanismus zu rekapitalisieren, und wie
wird sich die Bundesregierung auf dem nächsten
EU-Gipfel dazu verhalten?

21. Abgeordnete
**Priska
Hinz
(Herborn)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Kritik, dass zur Überwachung des Korrekturmechanismus der deutsche Stabilitätsrat bzw. ein wie auch immer ausgestalteter Beirat nicht die Anforderungen einer unabhängigen Überwachungseinrichtung erfüllt, und wie soll eine echte Unabhängigkeit einer solchen Einrichtung gewährleistet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

22. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit sind Menschen mit Behinderung von der „Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ betroffen, und in welcher Weise hat die Bundesregierung mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention (insbesondere Artikel 4 Absatz 3) Menschen mit Behinderung und deren Verbände bei der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie und des diesbezüglichen Fortschrittsberichts 2012 aktiv einbezogen?
23. Abgeordneter
**Anton
Schaaf**
(SPD)
- Wie definiert die Bundesregierung den Begriff der „Einstandsgemeinschaft“ in Bezug auf die geplante Zuschussrente, und warum werden dem vorgelegten Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (Entwurf eines Gesetzes zur Anerkennung der Lebensleistung in der Rentenversicherung) entsprechend eheähnliche oder lebenspartner-schaftliche Gemeinschaften bei der Einkommensan-rechnung auf die Zuschussrente bessergestellt?
24. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)
- Wie wurde das Programm „Initiative zur Flankie-rung des Strukturwandels“ bisher genutzt (bitte Mit-telabfluss, Teilnehmerzahlen nach Maßnahmenart sowie durchschnittliche jährliche Ausgaben je Teil-nehmer, Eingliederungsquote nennen), und wie stellt sich die Mittelbindung durch Verpflichtungser-mächtigungen für das Jahr 2012 und die Folgejahre dar?
25. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)
- Inwiefern erfüllen die Schlecker-Beschäftigten in der Regel die Voraussetzungen der Initiative zur Flan-kierung des Strukturwandels, und wie haben sich die Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung im Drit-

ten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) gegenüber dem Vorjahr entwickelt (nach Teilnehmerzahlen und Ausgaben absolut wie relativ)?

26. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung das von der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, am 7. Juni 2012 geäußerte Angebot an die gekündigten Schlecker-Beschäftigten, sich in Pflege- und Betreuungsberufe umschulen zu lassen, vor dem Hintergrund umzusetzen, dass eine Umschulung in diese Berufe üblicherweise drei Jahre dauert und nach § 180 SGB III bisher nur zweijährige Umschulungen gefördert werden können bzw. die Finanzierung des dritten Jahres aufgrund bundes- oder landesrechtlicher Regelungen gesichert sein muss, und in welchen Bundesländern gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung bisher Regelungen, die eine Umschulung zur Erzieherin/zum Erzieher bzw. zur Altenpflegerin/zum Altenpfleger in zwei Jahren ermöglichen bzw. die Finanzierung für das dritte Jahr sicherstellen?
27. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Beitrag wird die Bundesregierung angesichts der begrenzten Fördermöglichkeiten über das SGB II und SGB III und der gekürzten Haushaltsmittel für die Arbeitsförderung leisten, um den nahezu 25 000 Schlecker-Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz verlieren bzw. bereits verloren haben, neue berufliche Perspektiven zu eröffnen, und aus welchen sachlichen Gründen hielt und hält es die Bundesregierung nicht für richtig, sich mittels einer Bürgschaft – auch über die KfW Bankengruppe – für die Einrichtung einer Transfergesellschaft zur Qualifizierung der Schlecker-Beschäftigten zu engagieren?
28. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, für die Schlecker-Beschäftigten einen Sozialfonds bei der Bundesagentur für Arbeit einzurichten, um Zeit dafür zu gewinnen, vielleicht doch Investoren für einzelne Teile von Schlecker zu finden, vor dem Hintergrund, dass bei Schlecker wegen der Rechtsform des Einzelkaufmanns und der damit verbundenen fehlenden umfassenden Bilanzierungspflicht das Insolvenzgeld nicht zweckgerecht zur Überbrückung der Zeit der Investorensuche genutzt werden konnte, und prüft die Bundesregierung unabhängig davon die Bildung einer Transfergesellschaft für die von der zweiten Kündigungswelle betroffenen Schlecker-Beschäftigten?

29. Abgeordnete
**Jutta
Krellmann**
(DIE LINKE.)
- Inwiefern kann der EU-Globalisierungsfonds zur Unterstützung der Schlecker-Beschäftigten genutzt werden, und welche Initiativen plant die Bundesregierung zur Unterstützung der Schlecker-Beschäftigten über die angekündigten obligatorischen Aktivitäten der Bundesagentur für Arbeit hinaus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

30. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.)
- Welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Report „Schlecht beraten: Gentechnik-Lobbyisten dominieren Expertengremium“, in welchem die Unabhängigkeit von Bundeseinrichtungen bzw. deren Kommissionen angezweifelt wird, und welche Konsequenzen wird sie einleiten?
31. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.)
- Wie will die Bundesregierung zukünftig sicherstellen, dass die Expertengremien von Bundesbehörden, welche mit der Risikobewertung und Forschungsförderung von gentechnisch veränderten Pflanzen beauftragt sind, unabhängig und unter Einbezug von Verbraucher- und Umweltschutzsachverständigen arbeiten können?
32. Abgeordneter
**Harald
Ebner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welcher Begründung und aufgrund welcher Annahmen bzw. Risikoabwägungen insbesondere bezüglich einer möglichen Weiterverbreitung der gentechnisch veränderten Bakterien bzw. Übertragung der Erregergene auf andere Bakterien durch horizontalen Gentransfer hat die Bundesregierung dem Freisetzungversuch mit einem gentechnisch veränderten Lebendimpfstoff gegen den Erreger *Rhodococcus equi* in Mecklenburg-Vorpommern zugestimmt, der eine nur seltene Form der Lungenentzündung bei Pferdefohlen auslösen kann?
33. Abgeordneter
**Harald
Ebner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung das Schreiben zahlreicher Abgeordneter aller Fraktionen des Europäischen Parlaments vom 9. Januar 2012 zum Entwurf neuer Richtlinien für die Risikobewertung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der EU, das auch an die Vertreter der Bundesregierung bei der EU und im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit

(STALUT) gerichtet war und in dem grundsätzliche Bedenken gegen das Konzept der „vergleichenden Risikobewertung“ und gegen unzureichende Fütterungsversuche mit GVO geäußert werden, und warum hat die Bundesregierung dieses Schreiben bis heute nicht beantwortet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

34. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Welche Angaben kann die Bundesregierung zum Bundeswehrgelöbnis am 20. Juli 2012 in Berlin machen (Durchführungsort, Zahl gelobender und sonst teilnehmender Soldatinnen und Soldaten, entsendende Einheiten, Zahl erwarteter Besucherinnen und Besucher, vorgesehene Gastrednerinnen bzw. -redner, Zeitplanung usw.)?
35. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass das Kentern des Fischerbootes „Beluga“, das sich seit dem 17. März 1999 auf dem Weg nach Bornholm befand und infolgedessen drei erfahrene Seeleute den Tod auf einem der damals modernsten Schiffe der Fischfangflotte Sassnitz fanden, nicht in einem Zusammenhang mit dem Testen von U-Booten der Dolphin-Klasse stand, die über Stealth-Eigenschaften verfügen und an Israel ausgeliefert werden sollten (vgl. www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/israel-gets-fourth-dolphin-class-submarine-from-germany-1.428039), und trifft es zu, dass unmittelbar vor dem Kentern des Schiffes vor dem Hintergrund des stattfindenden Seemanövers „JAGUAR“ u. a. in Vorbereitung auf den Kosovo-Krieg, in diesem Gebiet Radarsignale erprobt bzw. verfremdet ausgesandt wurden?
36. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Mit welchem Auftrag und Ziel wurde die Fregatte Bremen bis 29. Mai 2012 im Arabischen Meer eingesetzt, und welche Maßnahmen waren bei diesem Einsatz vorgesehen für den Fall, dass Boote gesichtet würden, die im Verdacht stehen, gegen die UN-Sanktionen gegen den Iran zu verstoßen oder im Rahmen der Bekämpfung des Terrorismus relevant zu sein?

37. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bereitstellung von Personal für die Familienbetreuungsstellen der Bundeswehr den jeweilig zuständigen Truppenteilen freigestellt, und wie wird das dann eingesetzte Personal fachlich auf seine neue Funktion vorbereitet?
38. Abgeordnete
Agnes Brugger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welches Wirkungsspektrum (kinetisch und nichtkinetisch) deckt die Anfangsbefähigung der Bundeswehr für Angriffe auf gegnerische Netze ab, und in welchem Umfang ist eine Beteiligung des Deutschen Bundestages bei der Entscheidung über einen digitalen Angriff nach Ansicht der Bundesregierung erforderlich, insbesondere wenn dieser nicht im Rahmen eines bereits mandatierten Einsatzes erfolgen soll?
39. Abgeordnete
Agnes Brugger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird abschließend über das Nachfolgesystem der Drohnen vom Typ IAI Heron entschieden, und was ist der aktuelle Stand in der Erwägung, unbemannte Luftfahrzeuge vom Typ Predator B zu beschaffen?
40. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen ist es bei der Bundeswehr seit 2001 zu Suizidversuchen gekommen, bei denen im Vorfeld eine Malaria-Chemoprophylaxe mit dem Medikament Lariam (Mefloquin) erfolgte, und welche Schlüsse zieht das Bundesministerium der Verteidigung aus der Tatsache, dass u. a. Professor August Stich von der Deutschen Gesellschaft für Tropenmedizin und Internationale Gesundheit e. V. (DTG) in einem Interview (vgl. www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste_vom_03_05/riskante_malaria_prophylaxe.html) erklärte, dass die Chemoprophylaxe für Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan unter Rückgriff auf das Medikament Lariam (Mefloquin) nicht den Empfehlungen der DTG entspräche?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

41. Abgeordneter
Richard Pitterle
(DIE LINKE.)
- Aus welchem Grund erfolgt nach dem Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung des Elterngeldvollzugs in der Ausschussfassung auch weiterhin keine Berücksichtigung von Ausgaben für die private Krankenversicherung nach § 2f Absatz 1, die eben-

falls negativ als Zahlungsmittelabflüsse das Nettoeinkommen berühren und damit mindernd auf die Bemessungsgrundlage des Elterngeldes wirken würden, und zählen zu den Einnahmen nach § 2c Absatz 1 auch Sachbezüge und steuerfreie Einnahmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

42. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der breiten und übereinstimmenden Kritik von Expertinnen und Experten und Verbänden an der vom Bundeskabinett am 6. Juni 2012 beschlossenen staatlichen Förderung für eine private Pflegezusatzversicherung, etwa des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV, vgl. die tageszeitung vom 7. Juni 2012, „Pflege-Bahr wird zerpfückt“), wonach die geförderten Produkte im Extremfall so teuer werden könnten, dass „[...] sich nur noch diejenigen versichern, bei denen ein hohes Risiko der Pflegebedürftigkeit [...]“ vorliege und es daher sehr zweifelhaft sei, ob „[...] unter diesen Voraussetzungen überhaupt ein Markt mit geförderten Vorsorgeprodukten entstehen [...]“ könne?
43. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass angesichts der Kosten für den Bundeshaushalt, die für die vom Bundeskabinett am 6. Juni 2012 beschlossene staatliche Förderung für eine private Pflegezusatzversicherung bei 15 Mio. förderungsfähigen Versicherungsverträgen in Höhe von ca. 900 Mio. Euro anfallen würden (vgl. HAMBURGER ABENDBLATT vom 7. Juni 2012, „Anbieter sehen ‚große Probleme‘ bei privater Pflegeversicherung“), diese Haushaltsmittel sinnvoller in die solidarische Pflegeversicherung zu investieren wären, um dort allen Versicherten bzw. allen Pflegebedürftigen zur Verfügung zu stehen?
44. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch beziffert die Bundesregierung die Verwaltungskosten, die dem Bundeshaushalt durch die vom Bundeskabinett am 6. Juni 2012 beschlossene staatliche Förderung für eine private Pflegezusatzversicherung entstehen, und inwiefern hält sie diese Kosten im Verhältnis zur eigentlichen Fördersumme für angemessen?

45. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung trotz der breiten und übereinstimmenden Kritik von Expertinnen, Experten und Verbänden an der Einführung der vom Bundeskabinett am 6. Juni 2012 beschlossenen staatlichen Förderung für eine private Pflegezusatzversicherung fest, und wenn ja, warum?
46. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ist die vom Bundeskabinett am 6. Juni 2012 beschlossene staatliche Förderung für eine private Pflegezusatzversicherung in Höhe von 5 Euro monatlich für Geringverdiener, die wie andere Personen auch Eigenmittel von mindestens 10 Euro monatlich für die Zusatzversicherung beisteuern müssten, eine „[...] notwendige und sinnvolle Ergänzung [...]“, die zudem dafür Sorge, „[...] dass die Pflegeversicherung demographiefest und stabil wird“ (Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit vom 6. Juni 2012, „Erstmals staatliche Förderung für die private Pflegevorsorge“), und warum unterlässt die Bundesregierung es gerade im Interesse solch vulnerabler Personengruppen, die solidarische gesetzliche Pflegeversicherung mit einer demographiefesten und stabilen Finanzierung auszustatten?
47. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen monatlichen Gesamtkosten rechnet die Bundesregierung für die vom Bundeskabinett am 6. Juni 2012 beschlossene staatliche Förderung für eine private Pflegezusatzversicherung unter Berücksichtigung der von der Bundesregierung geplanten Versicherungsbedingungen beispielsweise für einen 55-jährigen Mann, der heutzutage für eine private Pfl egetagegeldversicherung mit durchschnittlichen monatlichen Kosten von ca. 55 Euro rechnen muss (vgl. Berliner Zeitung vom 7. Juni 2012, „In der Pflegefalle“), und inwiefern hält sie die Zulage von 5 Euro monatlich dabei für eine wirksame Unterstützung dieser Personengruppe?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

48. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Wie ist der Stand bei der Erarbeitung einer Verordnung für ein Qualitätssicherungssystem für Fahrschulen gemäß § 34 Absatz 4 des Fahrlehrergesetzes, und wann ist mit deren Erlass zu rechnen?

49. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Welchen Arbeitsstand hat die Bundesregierung bei der Bearbeitung des Eckpunktepapiers der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Reform des Fahrlehrerrechts“ erreicht, und wann wird sie den Entwurf einer Novelle für das Fahrlehrergesetz dem Deutschen Bundestag zuleiten?
50. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung die 2011 überarbeitete Eurovignettenrichtlinie, mit der externe Umweltkosten, die durch Luftverschmutzung, Lärm und Staus durch Lkw entstehen, in die Mauterhebung einbezogen werden können, in nationales Recht umsetzen, und gibt es Überlegungen der Bundesregierung, in die Internalisierung der externen Kosten des Verkehrs auch die Flächenversiegelung einzubeziehen?
51. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung, trotz der Rüge durch die Europäische Kommission, daran fest, ab 2015 die Interoperabilität im Bahnverkehr durch STM (System Specific Transmission Modules) zu gewährleisten, und wann ist mit der Zulassung von STM zu rechnen?
52. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die technischen Probleme am 31. Mai 2012 bei der S-Bahn Nürnberg, bei der sich eine der Türen im neuen Zug „Talent 2“ der Firma Bombardier Transportation GmbH während der Fahrt selbständig geöffnet und geschlossen hat, und welche Auswirkungen sind für den bundesweit geplanten Einsatz dieses dringend benötigten Zugtyps zu erwarten, der erst jüngst mit rund 18 Monaten Verspätung wegen der zunächst verweigerten Zulassung durch das Eisenbahn-Bundesamt zum Einsatz kommen konnte?
53. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Stand hat die Neuklassifizierung der Bundeswasserstraßen angesichts der Proteste aus den ostdeutschen Bundesländern erreicht, und welchen Wasserstraßenklassen sollen die Bundeswasserstraßen auf Brandenburger Gebiet nach aktuellem Stand zugeordnet werden?

54. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie werden Dauerhaftigkeit und Nachhaltigkeit der Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen für den geplanten Bau der Autobahn 14 gewährleistet, und ist die rechtliche Verfügbarkeit der Maßnahmeflächen nach § 17 Absatz 4 des Bundesnaturschutzgesetzes sichergestellt?
55. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung aus der Machbarkeitsstudie zum geplanten Elbtunnel an der A 20, vor allem in Bezug auf die Kostenentwicklung zwischen den verschiedenen Betreibermodellen?
56. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Aus welchen Gründen wird der Öffentlichkeit der Zugang zur genannten Machbarkeitsstudie verweigert?
57. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.) In welchem Umfang hat der Aufsichtsrat der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (BER) externe Controlling-Berichte zum Fortgang der Bauarbeiten in Auftrag gegeben oder diese erhalten, und wie wurden diese in den Sitzungen des Aufsichtsrates ausgewertet?
58. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.) Inwieweit entsprechen die zum passiven Lärmschutz beim BER bewilligten Schallschutzfenster nicht den Vorgaben des geltenden Planfeststellungsbeschlusses (vgl. DER TAGESSPIEGEL vom 30. Mai 2012), und was wird die Bundesregierung unternehmen, um noch vor der geplanten Inbetriebnahme des BER im März 2013 regelkonforme Schallschutzfenster einzusetzen?
59. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Auf welcher gesetzlichen Grundlage beruht die von der hessischen Landesregierung durchgeführte so genannte Planklarstellung zur Umsetzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig zum Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen, und wie bewertet die Bundesregierung dieses Verfahren?

60. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist nach Ansicht der Bundesregierung mit dieser sogenannten Planklarstellung Rechtssicherheit geschaffen worden, oder geht die Bundesregierung wie viele juristische Meinungen ebenfalls davon aus, dass dieses Verfahren eine neuerliche Klagewelle nach sich ziehen wird?
61. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) auf eine bundesaufsichtliche Weisung hinsichtlich des Bescheids des damaligen hessischen Landesverkehrsministers Walter Posch zur Anpassung der Flugbetriebsbeschränkungen des Planfestbeschlusses zum Ausbau des Frankfurter Flughafens an das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 4. April 2012 verzichtet, obwohl das BMVBS bereits im Vorfeld einem so genannten Planklarstellungsverfahren gegenüber Bedenken geäußert hat?
62. Abgeordneter
Sören Bartol
(SPD)
- Schließt die Bundesregierung aus, dass durch die Einführung des Betreuungsgeldes die Anzahl der Leistungsbezieher des Wohngeldes und damit die Ausgaben des Bundes für das Wohngeld steigen werden, und hat Bundesminister Dr. Peter Ramsauer den Leitungsvorbehalt bei der Ressortabstimmung über den Gesetzentwurf zur Einführung eines Betreuungsgeldes in Deutschland unter Bezugnahme auf mögliche Haushaltsrisiken bei der Finanzierung des Wohngeldes im Einzelplan 12 des Bundeshaushalts persönlich abgezeichnet?
63. Abgeordneter
Sören Bartol
(SPD)
- Mit welcher Begründung hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bei der Ressortabstimmung über den Gesetzentwurf zur Einführung eines Betreuungsgeldes in Deutschland einen sogenannten Leitungsvorbehalt unter Bezugnahme auf mögliche Haushaltsrisiken bei der Finanzierung des Wohngeldes im Einzelplan 12 des Bundeshaushalts eingelegt, und warum ist der Leitungsvorbehalt nach der öffentlichen Presseberichterstattung wieder zurückgezogen worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

64. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen muss erst noch entschieden werden, ob einige der Einrichtungen, die laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 17/8564 „nach bisheriger Einschätzung“ einbezogen werden sollten – insbesondere die Hauptabteilung Dekontaminationsbetriebe in Karlsruhe und das Zwischenlager Mitterteich – im sogenannten Stresstest der Entsorgungskommission für Zwischenlager und andere Atomanlagen zur Ver- und Entsorgung untersucht werden oder nicht (bitte mit Angabe der Argumente, die nach jetzigem Stand dagegen sprechen), und wie lautet der aktuelle Zeitplan für diesen „Stresstest“ inklusive der dazugehörigen o. g. Entscheidungsfindung (bitte mit Angabe aller bislang geplanten Beratungsdaten, Fristen, Meilensteine etc.)?
65. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bundesländer neben Bayern und Sachsen zählen aus Sicht der Bundesregierung zu den von dem tschechischen Atomkraftwerksvorhaben Temelin 3 und 4 möglicherweise bzw. voraussichtlich betroffenen Gebieten in Deutschland (bitte mit Begründung/Herleitung in Abgrenzung zu den anderen Bundesländern), und wer ist im laufenden grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren zu Temelin 3 und 4 die „zuständige deutsche Behörde“ bei einem Konfliktfall eines deutschen Einwenders, der aus einem anderen deutschen Bundesland als Sachsen und Bayern stammt (vgl. Antwort zu Frage 8 letzter Absatz auf Bundestagsdrucksache 17/9832; bitte ebenfalls mit Begründung)?
66. Abgeordneter
**Dr. Hermann E.
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Empfehlung des Sachverständigenrates für Umweltfragen, der in seinem jüngsten Umweltgutachten für eine Anhebung des europäischen Klimaziels von derzeit minus 20 Prozent auf minus 30 Prozent plädiert, um mehr Anreize für eine erhöhte Energie- und Ressourceneffizienz zu schaffen, und wie bewertet die Bundesregierung die Empfehlung, dass sich die Kriterien für die kostenlose Verteilung von Emissionszertifikaten zukünftig an den technischen Potenzialen und nicht an historischen Emissionen orientieren soll?

67. Abgeordneter
Dr. Hermann E. Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung diesen Empfehlungen des Umweltrates folgen, und was plant die Bundesregierung diesbezüglich?
68. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis über die Höhe der durchschnittlichen Vergütung pro Kilowattstunde für Windenergieanlagen an Land in Großbritannien, und wie hoch liegt die durchschnittliche Vergütung für Windenergieanlagen an Land in Deutschland?
69. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind die durchschnittlichen täglichen Kosten der Marktprämie bzw. der Managementprämie, die bereits durch die im Juni 2012 gemeldeten Erneuerbaren-Energien-Anlagen entstehen, und welche Gesamtkosten erwartet die Bundesregierung für dieses Jahr?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

70. Abgeordneter
René Röspel
(SPD)
- Welchen Kraftstoff verwendet das im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eingesetzte Ausstellungsschiff „MS Wissenschaft“, das derzeit mit einer „Ausstellung zur Forschung für nachhaltige Entwicklungen“ anlässlich des „Wissenschaftsjahrs 2012 – Zukunftsprojekt Erde“ unterwegs ist, und welche Ökobilanz weist dieser Kraftstoff auf?
71. Abgeordneter
René Röspel
(SPD)
- Wie viel CO₂ hat die „MS Wissenschaft“ pro Besucher des Schiffes in den Wissenschaftsjahren 2009, 2010 und 2011 emittiert, und wie viel CO₂ wird die „MS Wissenschaft“ auf der vorgesehenen Ausstellungsreise 2012 pro zurückgelegtem Kilometer emittieren?
72. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD)
- Welcher Aufwand ist dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) dadurch entstanden, dass die Anmeldung zum Seminar von Dr. Annette Schavan an der Freien Universität Berlin

im Wintersemester 2011/2012 über die dienstliche E-Mail-Adresse der Bundesministerin abgewickelt (vgl. www.fu-berlin.de/vorlesungsverzeichnis/ws11/12) und die eingehenden E-Mails entsprechend betreut und bearbeitet wurden?

73. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD) Wann und auf welcher Grundlage ist eine Zustimmung erteilt worden, die Anmeldung zu Seminaren im Rahmen der (privaten) Honorarprofessur von Bundesministerin Dr. Annette Schavan über die dienstliche E-Mail-Adresse von Dr. Annette Schavan beim BMBF abzuwickeln?
74. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD) Wie ist der aktuelle Planungs- und Umsetzungsstand der für 2012 angekündigten Öffentlichkeitskampagne des Bildungs- und Forschungsministeriums im Rahmen der nationalen Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener in Deutschland?
75. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD) Welche Tagungen von Bildungsträgern mit dem Gegenstand der Netzkwerkbildung hat die Bundesregierung anhand welcher Kriterien in dieser Legislaturperiode gefördert?
76. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD) Wann beabsichtigt die Bundesregierung, das sogenannte Lissabon-Ziel, das 2010 verfehlt wurde, unter Angabe der dazu eingeleiteten und vorgesehenen Maßnahmen im Einzelnen zu erreichen, und wie ist in diesem Zusammenhang der Sachstand – unter Angabe des vorgesehenen Beginns der steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung, die von der Koalition ursprünglich für diese Legislaturperiode vorgesehen war?
77. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD) Wie ist der aktuelle Sachstand der Vorschläge bzw. der Gespräche mit den Bundesländern hinsichtlich einer möglichen BAföG-Anhebung auf Grundlage des 19. BAföG-Berichtes – unter Angabe des ggf. vorgesehenen Zeitpunktes und der ggf. vorgesehenen Steigerung, und welche Verbesserungen, insbesondere im Hinblick auf die Bearbeitungsdauer und bei der Bewilligung von Auslands-BAföG – haben sich im Hinblick auf Medienberichte („Leichter, aber nicht schneller“, SPIEGEL ONLINE, 1. Juni 2012) ergeben, wonach insbesondere „die Form-

blattverordnung“ des Bundes geändert und das „E-Government-Gesetz“ verabschiedet werden müsste?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

78. Abgeordnete
Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Giftstoffe plant die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH aus Bhopal nach Deutschland zu importieren, und in welchen Anlagen in Deutschland ist eine vollständige Vernichtung sichergestellt?
79. Abgeordnete
Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Über welche Transportmittel gelangen diese Giftstoffe zur Vernichtung in die Anlagen, und handelt es sich um eine einmalige Angelegenheit?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

80. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Unterstützt die Bundesregierung den aktuellen Vorschlag der dänischen Ratspräsidentschaft zu Artikel 6 (25 Prozent Bundled-flexibility-Lösung, Anrechnung early actions, ...) der Energieeffizienzrichtlinie, und trifft es zu, dass sich Deutschland auf EU-Ebene bei Artikel 4 nicht nur für eine Senkung der jährlichen Sanierungsrate von 3 auf 2,5 Prozent, sondern auch für eine Definition von „öffentlichen Gebäuden“ einsetzt, die ausschließlich die Gebäude der Bundesministerien umfassen würden – und Deutschland demnach bis 2020 gerade einmal 37 Bundesgebäude sanieren müsste?

81. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Inhalte außer einer Veränderung der Haftung für Netzbetreiber beim Anschluss von Offshore-Windparks soll die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie am 16. Mai 2012 angekündigte Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes haben, und welchen Zeitplan hat die Bundesregierung für diese Novelle geplant?
82. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die jährlichen Investitionen in die Stromnetze – exklusive der durch die Offshore-Windkraft entstandenen Kosten – durch die Übertragungsnetzbetreiber zwischen 1990 und 2011 aufgeschlüsselt nach Jahren, und welchen Anteil hatten die einzelnen Betreiber an diesen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

83. Abgeordneter
**Dr. h. c. Jürgen
Koppelin**
(FDP)
- Wie hoch waren die Kosten, um der Bundestagsabgeordneten C. R. von Tripolis (Libyen) bis zur Grenze nach Tunesien gepanzerte Fahrzeuge zur Verfügung zu stellen (SPIEGEL ONLINE vom 6. Juni 2012)?
84. Abgeordneter
**Dr. h. c. Jürgen
Koppelin**
(FDP)
- Wer trägt die Kosten für die Bereitstellung von gepanzerten Fahrzeugen für die Bundestagsabgeordnete C. R.?
85. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche EU- und anderen internationalen Projekte, wie die Mission zur Ausbildung libyscher Polizisten durch Jordanien, werden zurzeit nach Kenntnis der Bundesregierung zur Stärkung des Sicherheitssektors und der Waffenkontrolle in Libyen durchgeführt, und zu welchen derartigen Projekten leistet die Bundesregierung Unterstützung (wenn möglich, nach Projekt und Höhe der Mittelzuwendung aufschlüsseln)?

86. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Positionen wird die Bundesregierung in Bezug auf die mittel- und langfristige Weiterentwicklung der Europäischen Union auf dem Europäischen Rat Ende Juni 2012 vertreten, und inwiefern findet diesbezüglich eine vorherige Abstimmung mit anderen EU-Mitgliedstaaten statt?
87. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern sind die Aussagen von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, der Europäischen Kommission perspektivisch mehr Kompetenzen übertragen zu wollen, eine Abkehr von der von ihr am 2. November 2010 am College d'Europe in Brügge bekannt gemachten „Unionsmethode“, die de facto eine Schwächung der Europäischen Kommission beinhaltete?
88. Abgeordnete
Marieluise Beck
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die vom russischen Parlament am 6. Juni 2012 beschlossene Einschränkung des Demonstrationsrechts, und wie wird sie diese Bewertung gegenüber Russland auf der bilateralen Ebene sowie in der EU und im Europarat thematisieren?
89. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit bestätigt die Bundesregierung Meldungen aus Afghanistan, wonach Taliban-Kämpfer die Schließung der staatlichen Schulen in der Provinz Gasni, in der die Verantwortung für die Sicherheit bereits an die afghanischen Behörden übergeben worden ist, angeordnet haben, nachdem dort Motorräder ohne Nummernschilder von Regierungsstellen beschlagnahmt worden waren, und dass daraufhin die Schulen geschlossen haben, und wie ist dieser Vorgang mit Beteuerungen der Bundesregierung zu vereinbaren, dass nur solche Gebiete von ISAF in afghanische Verantwortung übergeben werden, in denen die afghanischen Behörden die Sicherheit der Bevölkerung tatsächlich garantieren können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

90. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- An welchen Punkten scheiterte die Einigung innerhalb der Bundesregierung über die 2010 angekündigten roten Linien für Datenschutz im Internet, und welche Auswirkungen hat der offensichtlich innerhalb der Bundesregierung bestehende Dissens

zum Thema auf die Verhandlungen über die Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union, bei der es ebenfalls um die Reform des Datenschutzes im Internet geht?

91. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Forderungen versucht die Bundesregierung, den hohen Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts an den Datenschutz im Bereich des Polizei- und Strafrechts bei den Verhandlungen über die EU-Datenschutzreform gerecht zu werden, und wie erklärt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, dass sie sich in den Verhandlungen für einen Ausschluss der „Gefahrenabwehr außerhalb des Strafrechts“ aus dem Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung einsetzt, obwohl sie in diesem Bereich auch die geplante EU-Richtlinie für nicht anwendbar hält?
92. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Forschungsvorhabens der SCHUFA Holding AG, zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von Kunden Daten aus den sozialen Netzwerken heranzuziehen, die gegenwärtigen Datenschutzbestimmungen für ausreichend, und wenn nicht, welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor der Auswertung ihrer Daten zu diesen Zwecken?
93. Abgeordneter
Burkhard Lischka
(SPD)
- War die Bundesregierung bei der im November letzten Jahres angekündigten Entwicklung einer Software zur Quellen-TKÜ mittlerweile erfolgreich?
94. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwieweit tangiert das Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union vom 22. Juni 2010 zum Schengener Grenzkodex die deutsche Praxis, entlang der Binnengrenzen oder in Zügen bis weit in das Staatsgebiet hinein – ohne dass besondere Umstände vorliegen würden – die Identität einer Person zu kontrollieren, und welche Einschränkungen existieren wie im „Halbjahresbericht über das Funktionieren des Schengen-Raums“ der EU-Kommission beschrieben (Ratsdokument 10223/12) zu diesen Kontrollen hinsichtlich der Polizeibefugnisse (beispielsweise nach Standort, Verkehrsmittel und Höchstgrenze der Kontrollen pro Tag, Woche oder Monat, Begrenzung des Gebiets, Festlegung einer Höchstgrenze für die Anzahl der je Zug zu kontrollierenden Wagen etc.)?

95. Abgeordneter
Josef Philip Winkler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begegnet die Bundesregierung der Kritik auch von konservativen EU-Parlamentariern, durch den Vorstoß zur Einführung von Grenzkontrollen in nationalem Alleingang, der am 7. Juni 2012 auf der Tagung des Rates für Justiz und Inneres der Europäischen Union (JI-Rat) beschlossen wurde, werde die Kontrolle einer solchen Maßnahme durch das Europäische Parlament und die Europäische Kommission ausgehebelt und damit dem nationalen Populismus Vorschub geleistet?
96. Abgeordneter
Josef Philip Winkler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Vorschläge hat die Bundesregierung auf dem JI-Rat am 7. Juni 2012 sowohl im Hinblick auf die Unterstützung der EU-Randstaaten bei der Außengrenzkontrolle als auch im Hinblick auf ein faires System der Lastenteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen gemacht?
97. Abgeordnete
Aydan Özoğuz
(SPD)
- Wie hoch sind die Kosten für den seit dem 1. Januar 2012 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingerichteten Telefonservice „Beratungsstelle Radikalisierung“ (bitte monatlich aufschlüsseln), und aus welchem Titel des Bundeshaushaltes werden diese beglichen?
98. Abgeordnete
Aydan Özoğuz
(SPD)
- Wie viele Anrufe von welchen Personengruppen (z. B. von Eltern, Lehrern, Freunden oder Mitschülern von Betroffenen) sind seit Einrichtung der „Beratungsstelle Radikalisierung“ eingegangen, und nach welchen Kriterien wurden die Anrufe erfasst?

